



Detailansicht des Registereintrags

GROSSHANDELSVERBAND FOODSERVICE e.V.

Aktuell seit 25.06.2025 16:54:11

Eingetragener Verein (e. V.)

Registernummer:	R001229
Ersteintrag:	24.02.2022
Letzte Änderung:	25.06.2025
Letzte Jahresaktualisierung:	25.06.2025
Tätigkeitskategorie:	Wirtschaftsverband oder Gewerbeverband/-verein
Kontaktdaten:	Adresse: Am Weidendamm 1A 10117 Berlin Deutschland Telefonnummer: +4930590099599 E-Mail-Adressen: info@gvfoodservice.de Webseiten: www.gvfoodservice.de

Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Mitgliedsbeiträge

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

40.001 bis 50.000 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

0,50

Vertretungsberechtigte Person(en):

1. **Alexandru Vlad**
Funktion: Vorstandsmitglied
2. **Frank Jäniche**
Funktion: Vorstandsmitglied
3. **Holger Wulff**
Funktion: Vorstandsmitglied
4. **Peter Scharf**
Funktion: Vorsitzender des Vorstands

Betraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (2):

1. **Marcus Schwenke**
2. **Peter Scharf**

Gesamtzahl der Mitglieder:

30 Mitglieder am 29.04.2025, ausschließlich juristische Personen, Personengesellschaften oder sonstige Organisationen

Mitgliedschaften (2):

1. BGA - Bundesverband Großhandel, Außenhandel, Dienstleistungen e.V.
2. Zentrale zur Bekämpfung unlauteren Wettbewerbs Frankfurt am Main e. V.

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (12):

EU-Binnenmarkt; EU-Gesetzgebung; Lebensmittelsicherheit; Lebens- und Genussmittelindustrie; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben; Tourismus; Tierschutz; Sonstiges im Bereich "Umwelt"; Handel und Dienstleistungen; Kleine und mittlere Unternehmen; Verbraucherschutz; Wettbewerbsrecht

Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:

Der GROSSHANDELSVERBAND FOODSERVICE e.V. setzt sich für die allgemeinen ideellen und wirtschaftlichen Interessen des Handels mit Konsumgütern in der Form des Selbstbedienungsgroßhandels (Cash and Carry) und des Zustellgroßhandels ein. Der Verband engagiert sich bei Fachthemen und Fragestellungen gegenüber dem Bundestag und der Bundesregierung. Dazu führt er Gespräche mit Abgeordneten und Bundesministerien und übermittelt ihnen auch gelegentlich Stellungnahmen in schriftlicher Form.

Der Verband wurde im Jahr 1964 als Verein mit dem damaligen Namen Institut für Cash and Carry Großhandel gegründet. Seit 2014 vertritt er auch die Interessen von Unternehmen aus dem

Lebensmittelzustellgroßhandel. Er hat weiter den Zweck, sich mit Wettbewerbsfragen des Handels zu befassen und Wettbewerbsverstöße zu verfolgen, die das Gesamtinteresse der Mitglieder betreffen.

Konkrete Regelungsvorhaben (6)

1. Gleichbehandlung von Speisen im Außer-Haus-Bereich; Rückkehr zum reduzierten MwSt.-Satz

Beschreibung:

Rückkehr zum reduzierten Mehrwertsteuersatz in Höhe von 7% auf Speisen in der Gastronomie. Steuerliche Gleichbehandlung mit Speisen, die vor Ort verzehrt werden, mit Speisen, die mitgenommen ("Take-Away") oder über Lieferdienste geliefert werden.

Betroffenes geltendes Recht:

UStG 1980 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [alle RV hierzu]

2. Novelle des Postgesetzes (PostModG)

Beschreibung:

Zukünftig soll bei Versandunternehmen ein zwei Personen Handling von Paketen über 20 kg obligatorisch werden. Das widerspricht dem TOP-Prinzip im Arbeitsschutz, dass nämlich technische Maßnahmen Vorrang haben vor organisatorischen bzw. persönlichen Maßnahmen. Die Verpflichtung, dass Paketsendungen mit einem Einzelgewicht von mehr als 20 Kilogramm Gewicht von einer Einzelperson nur zugestellt werden darf, wenn dieser Person technische Hilfsmittel zur Verfügung gestellt werden, wird von uns als sinnvolle Regelung gegenüber einem obligatorischen Verbot angesehen.

Bundesrats-Drucksachennummer:

BR-Drs. 677/23 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Modernisierung des Postrechts (Postrechtsmodernisierungsgesetz - PostModG)

Zuständiges Ministerium: BMWK (20. WP) [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Handel und Dienstleistungen [alle RV hierzu]

3. Herkunftskennzeichnung Fleisch im Außer-Haus-Bereich

Beschreibung:

Eine verpflichtende Herkunftskennzeichnung für den Außer-Haus-Bereich würde gegen EU-Recht verstoßen und eine unverhältnismäßige Belastung für die Gastronomie und die gesamte Gastro-Lieferkette darstellen.

Interessenbereiche:

Handel und Dienstleistungen [alle RV hierzu]; Verbraucherschutz [alle RV hierzu]

4. Umsetzung der EU-Verordnung über entwaldungsfreie Lieferketten

Beschreibung:

Dialog mit Teilen der Bundesregierung über die Umsetzung der Verordnung. Zahlreiche ungelöste Fragen stellen den Cash- und Carry-Großhandel und den Zustellgroßhandel mit seinem kleinteiligen Warenbezug und seiner noch kleinteiligeren Warenabgabe vor große Herausforderungen.

Interessenbereiche:

EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Handel und Dienstleistungen [alle RV hierzu]

5. EU-Verordnung zum Zahlungsverzug ("Late Payments")

Beschreibung:

Ablehnung einer starren und verbindlichen Zahlungsfrist in Höhe von 30 Tagen durch die Bundesregierung im Rat der Europäischen Union

Interessenbereiche:

EU-Binnenmarkt [alle RV hierzu]; EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Handel und Dienstleistungen [alle RV hierzu]

6. Novellierung AgrarOLKG

Beschreibung:

Eine Verschärfung der UTP-Richtlinie und Stärkung der Position großer Lebensmittelkonzerne ist aus unserer Sicht nicht notwendig. So hat die Monopolkommission jüngst von kurzfristigen Maßnahmen und Eingriffen in die Agrarmärkte sowie die Lieferketten für Lebensmittel abgeraten, um Wettbewerbsverzerrungen zu vermeiden.

Betroffenes geltendes Recht:

AgrarMSG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Handel und Dienstleistungen [alle RV hierzu]; Wettbewerbsrecht [alle RV hierzu]

Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Keine Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro erhalten.

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Gesamtsumme:

0 Euro

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Gesamtsumme:

150.001 bis 160.000 Euro

Beitragszahler mit mehr als 10.000 Euro und mehr als 10% der Gesamtsumme (2):

1. Metro Deutschland GmbH
2. Transgourmet Deutschland GmbH & Co. OHG

Jahresabschluss/Rechenschaftsbericht

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

[Finanzen-2024.pdf](#)